

beraten und beschloss

Bericht aus der Landessynode

XIII. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 26. bis 29. November 2019

„Schulen sind Räume kirchlichen Lebens“

„Ort der Christengemeinde für die Bürgergemeinde“ – unter diese Überschrift stellte Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track ihren Bericht zum Evangelischen Schulwerk mit seinen sechs Schulen in Trägerschaft der hannoverschen Landeskirche. Anlass für ihren Bericht war das zehnjährige Bestehen des Schulwerkes, das Gäfgen-Track bewusst in und mit der Landessynode feierte und damit für deren kontinuierliche Unterstützung dankte.

Evangelische Schulen seien Räume kirchlichen Lebens, betonte Gäfgen-Track; hier konstituiere sich christliche Gemeinde als Gemeinde für die Zivilgesellschaft. Evangelische Schulen seien offen und einladend auch für Schülerinnen und Schüler anderer Konfessionen und Religionen sowie Konfessionslose; sie müssten als Angebotsschule mit einem klaren Profil auftreten und in Unterrichtsgestaltung und -inhalten Qualität bieten.

4.109 Schüler*innen werden im laufenden Schuljahr an den sechs evangelischen Schulen von 416 Lehrkräften unterrichtet. „Hier können junge Menschen ihre Identität und ihre christliche Haltung weiterentwickeln und sie werden für das Leben in der Zivilgesellschaft geschult“, so Gäfgen-Track. Aktuell sieht sie zwei besondere Herausforderungen: eine angemessene Refinanzierung der Schulen durch das Land und ein kon-



Anstoßen auf zehn Jahre Evangelisches Schulwerk (von links): Dr. Kerstin Gäfgen-Track, Dr. Viva-Katharina Volkmann, Ortrud Wendt und Gerd Brinkmann, Leiter des Schulwerkes.

sequentes Engagement gegen Antisemitismus und Rechtspopulismus.

Steffen Creydt aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen betonte, dass das Land Niedersachsen nicht aus der finanziellen Verantwortung für die evangelischen Schulen entlassen werden dürfe; darauf müsse die Landeskirche beharren.

Rolf Bade aus dem Sprengel Hannover beantragte die Überweisung des Berichtes in die 26. Landessynode und verband dies mit dem Wunsch, das Kirchenparlament möge während seiner Amtszeit mindestens zwei weitere evangelische Schulen an den Start bringen. Die Synodalen folgten Bades Votum.

Aus dem Inhalt

Missionsgeschichte wird aufgearbeitet	Seite 2
Freiwilligkeit oder Klimaschutzgesetz?	Seite 3
Ein Leitmaßstab christlicher Existenz	Seite 4
„Antisemitismus ist Gotteslästerung“	Seite 5
Ohne Ehrenamtliche wären wir ärmer	Seite 9

Missionsgeschichte wird aufgearbeitet

Landessynode will Mission als Teil der einladenden Kirche stärken

Das Wort „Mission“ löse sehr unterschiedliche Vorstellungen aus, leitete Ottomar Fricke, Synodaler aus dem Sprengel Lüneburg und Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene, seinen Bericht zu Veränderungen im Missionsverständnis ein. Das Bild von Männern, die das „einzig richtige“ Verständnis von Glauben mit Gewalt in die Welt trugen, präge

das Verständnis von Mission nach wie vor und verbaue viele Chancen. Ziel von Mission nach heutigem Verständnis sei es nicht, andere zum eigenen Glauben zu bewegen; sie bedeute vielmehr, sich der Mission Gottes als Christin oder Christ anzuschließen.

Dr. Karin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen) stellte fest, dass es bislang nicht Aufgabe des Ausschusses

gewesen sei, die Missionsgeschichte aufzuarbeiten; dies sollte aber nachgeholt werden. Ihrem Antrag, insbesondere die Geschichte der Mission in der hannoverschen Landeskirche zu erarbeiten, folgten die Synodalen. „Dies ist auch vor dem Hintergrund der aktu-

ellen Restitutionsdebatte sinnvoll“, unterstrich Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen).

„Mission ist die gewaltfreie Werbung für die Schönheit eines Lebensentwurfs“, zitierte Rolf Bade (Hannover) den Theologen Fulbert Steffensky; Prof. Dr. Florian Wilk aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen betonte die Bedeutung sprachlicher Sorgfalt im Umgang mit dem Missionsbegriff. „Wir können diesen Begriff nicht einfach reinwaschen, aber wir können ihn auch nicht aufgeben“, so Wilk.

Die Landessynode stellte abschließend fest, dass die Gottesmission in einer einladenden Kirche in der Ausbildung von Pastor/innen, Diakon/innen und Kirchenmusiker/innen einen besonderen Schwerpunkt haben müsse und beauftragte das Landeskirchenamt zu prüfen, wie diese Aufgabe zukünftig in ökumenischer Weise stärker in die Ausbildung eingebunden werden könne.



Dr. Karin Köhler beantragte die Aufarbeitung der hannoverschen Missionsgeschichte.

Ein Fragenkatalog zum Abarbeiten

Christsein morgen: Redaktionsgruppe sammelt Rückmeldungen aus den Ausschüssen

„Ihr seid das Salz der Erde – Christsein morgen“ lautete, ausgehend vom damaligen Bischofsbericht, ein Schwerpunktthema der Landessynode im Herbst 2017. Im Anschluss wurde eine Redaktionsgruppe gegründet, die Rückmeldungen zum Thema aus den Ausschüssen sammelte und daraus ein Aktenstück erarbeitete. Bernd Rossi (Sprengel Hildesheim-Göttingen) und Annegret Albers (Sprengel Lüneburg) stellten das Aktenstück jetzt vor und benannten zwei Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung:

die schleppende Rückmeldung aus den Ausschüssen und die große Vielfalt der Themen. Die jetzt abgeschlossene Sammlung von Rückmeldungen stehe unter einem übergreifenden Paradigma: „Alles, was wir tun, gilt den Menschen vor Ort.“

Dr. Fritz Hasselhorn aus dem Sprengel Osnabrück stellte fest, dass ein Fragenkatalog den Kern des Aktenstückes bilde: „Diesen Katalog kann man abarbeiten, er hilft – vielen

Dank dafür.“ Rolf Bade (Sprengel Hannover) regte an, das Aktenstück mit Anhang als Baukasten zu nutzen und mit Material, das die 25. Landessynode bereits erarbeitet habe, in die 26. Landessynode einzuspeisen – als eine Art Vermächtnis, wie es Christine von Klencke aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen bezeichnete. Sie warb darum, neuen Wegen zu vertrauen: „Es gibt unendlich viele Möglichkeiten für das Christsein heute und morgen.“

Weitere Förderung ist dringend nötig

Landeskirche investierte 25 Millionen Euro in die Arbeit mit geflüchteten Menschen

25 Millionen Euro hat die Landeskirche Hannovers seit 2015 in die Arbeit mit geflüchteten Menschen investiert – eine Erfolgsgeschichte, wie Hans-Joachim Lenke in seinem Bericht vor der Landessynode betonte. Der Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen und Oberlandeskirchenrat im Landeskirchenamt berichtete über die Verwendung dieser Mittel, die zum größten Teil über die Kirchenkreise verteilt wurden. „Wir können stolz sein auf das, was in unserer Kirche, insbesondere in den Kirchenkreisen, geleistet worden ist“, betonte Lenke. Das Geld sei in sehr unterschiedlichem Umfang abgerufen worden, habe aber nirgends dazu geführt, dass sich Kirchengemeinden zurückgelehnt hätten: „Im Gegenteil: Überall wurde engagiert um Mitarbeit und Drittmittel geworben.“

Die Integration geflüchteter Menschen sei eine langfristige Aufgabe, die gerade erst begonnen habe, betonte Lenke. Kirche müsse die Menschen weiterhin begleiten, insbesondere weil Bundes- und Landesmittel für die Geflüchtetenhilfe in zwei Jahren

voraussichtlich auf den Stand der Zeit vor 2015 zurückfallen werden. Ruth Scheffler-Hitzegrad (Sprengel Stade), selbst in der Hausaufgabenhilfe für geflüchtete Kinder tätig,



„Wir können stolz sein“: Hans-Joachim Lenke berichtete zur kirchlichen Hilfe für geflüchtete Menschen.

unterstrich die Bedeutung kirchlicher Finanzhilfe für die Integration: „Die Integration geht jetzt erst los und die weitere Förderung durch uns ist dringend nötig.“

Freiwilligkeit oder Verpflichtung per Gesetz?

Der Weg zu mehr kirchlichem Klimaschutz ist noch unklar

Eine Herausforderung für die Konzentrationsfähigkeit der Synodalen stellte der umfangreiche, nur mündlich vorgetragene Bericht Reinhard Benhöfers zum Stand der Klimaschutzmaßnahmen in der Landeskirche dar. Der Leiter des Referates für Umweltangelegenheiten im Landeskirchenamt wies darauf hin, dass es seit der Frühjahrstagung der Landessynode keine neue Beschlusslage gebe und betonte, dass die Kirche als moderne Institution von Dezentralisierung, Gewaltenteilung, Arbeitsteilung und Differenzierung geprägt sei. Vor diesem Hintergrund sieht Benhöfer ein

verpflichtendes kirchliches Klimaschutzgesetz kritisch: „Formen von Totalität lösen zurecht oppositionelle Affekte aus.“ Für ihn stelle sich die Frage, ob Gewaltenteilung und Dezentralität durch ein Klimaschutzgesetz konterkariert werden sollten oder ob die notwendigen Veränderungen auf dem bisherigen Weg mit Freiwilligkeit und Anreizen zu schaffen seien.

In seinem Vortrag ging Benhöfer auf einzelne Maßnahmen ein, die aktuell bereits umgesetzt werden: das nachbarschaftlich orientierte Projekt „Zukunft leben“, Bemühun-

gen um Biodiversität auf Friedhöfen und um E-Mobilität, Gebäude- und Energiemanagement, das kirchliche Umweltmanagement des Grünen Hahns.

In der anschließenden Aussprache beantragte Dr. Bettina Siegmund, (Sprengel Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, den Bericht Benhöfers und die Redebeiträge der Aussprache zu verschriftlichen und das Material an die 26. Landessynode weiterzuleiten, damit das Thema dort weiter bearbeitet werden könne.

Weiter auf Seite 4

Ein Leitmaßstab christlicher Existenz

Landesbischof sieht besondere Verantwortung der Landessynode für die Schöpfung

Wie kann es gelingen, dass Glaubensbekenntnis und Vaterunser uns zu einer veränderten Glaubens- und Lebenshaltung führen? Wie erhalten wir aus diesen Quellen ein Verständnis für die Schöpfung, das handlungsleitend ist? Mit diesen Fragen griff Landesbischof Ralf Meister in seinem Bericht vor der Landessynode die Debatte über Klimaschutz und verantwortliches Handeln im Angesicht des Klimawandels auf. Er wolle in diesem Diskurs die theologische Spur vertiefen, so der Bischof: „Schöpfungsverantwortung ist für Christinnen und Christen keine Zeitgeisterscheinung oder eine politische Agenda. Schöpfungsverantwortung findet sich biblisch begründet als ein Leitmaßstab christlicher Existenz.“ Die Gottesebenbildlichkeit sei in fataler Weise als ein Freibrief für die gewissenlose Ausbeutung von Menschen, Tieren und Ressourcen missverstanden worden; tatsächlich aber könne der Mensch nur dann Ebenbild Gottes sein, wenn er sich der Schöpfung gegenüber verantwortlich verhalte.



Schöpfungsverantwortung und Klimaschutz stellte Landesbischof Ralf Meister an den Anfang seines Berichtes vor der Landessynode.

„Die Landessynode als Organ einer Institution hat eine besondere Chance und Verantwortung, weil sie durch Beschlussfassung Bewegungen verursachen kann, die Einzelnen nicht möglich sind“, formulierte Ralf Meister seinen Wunsch an die Landessynode.

Schwerpunktthema Klimaschutz

Fortsetzung von Seite 3

Die Synodalen folgten diesem Antrag und regten an, die Website des kirchlichen Umweltmanagements zu optimieren, den Denkmalschutz im Hinblick auf Fotovoltaik zu überdenken und den Kirchengemeinden Checklisten für klimafreundliches Handeln an die Hand zu geben.

Auf Antrag von Michael Gierow (Sprengel Lüneburg) soll das Landeskirchenamt bis Sommer 2020 einen Entwurf für eine Verordnung vorlegen, die auch Pastor/innen und Kirchenbeamt/innen die Gehaltsumwandlung für ein Dienst-E-Bike ermöglicht. Karsten Sierk (Sprengel Hannover) berichtete davon, dass der Kirchenkreis Stolzenau-Loccum den Klimaschutz zum Schwerpunktthema 2020 gemacht habe – trotz der Gegenwehr einiger Pastor/innen.

Ja zur Konföderation

Landessynode beschließt Fortsetzung des Vertrages

Er nehme eine Unwucht in der Arbeit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen wahr, stellte Landesbischof Ralf Meister fest: Mit Ausnahme der hannoverschen seien alle anderen Landeskirchen auf dem Weg zu einer Evangelischen Kirche in Niedersachsen zögerlich geblieben; zudem trage Hannover einen Anteil von rund 75 Prozent der Kosten der Konföderation. Dennoch: Er bitte die Lan-

dessynode darum, die Fortsetzung des Konföderationsvertrages durch einen Beschluss sicherzustellen.

Die Synodalen folgten dem Wunsch des Bischofs, den Rolf Bade (Sprengel Hannover) als Antrag formulierte. Eine Aufkündigung der Konföderation wäre ein fatales Signal, betonte Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen.

„Antisemitismus ist Gotteslästerung“

Landesbischof und Synodale bekennen Ratlosigkeit im Kampf gegen Judenfeindlichkeit

Klare Worte widmete Ralf Meister in seinem Bericht vor der Landessynode dem Thema Antisemitismus: „Der christliche Glaube schließt jede Form von Judenfeindschaft aus“, betonte er. Dies könne nicht oft genug gesagt werden, da es auch in der Kirche antijüdische Vorstellungen gebe. So liege die Zahl der Menschen mit latent jüdenfeindlicher Einstellung unter kirchlich gebundenen Menschen sogar noch über der Zahl von etwa 25 Prozent in der sonstigen Gesellschaft. „Diese Zahlen erschrecken uns“, so der Landesbischof,

„vor allem weil sie zeigen, dass alle Bemühungen gegen den kontinuierlichen Antisemitismus keine Wirkung gezeigt haben.“

Ratlos zeigte sich Meister angesichts der Fülle von Bildungsanstrengungen, Solidaritätsadressen, Mahnwachen und klaren öffentlichen Gesten: „Welche Möglichkeiten haben wir noch? Welche Versuche könnten noch folgen?“ Die hannoversche Landeskirche fühle sich dem Schuldbekenntnis der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in besonderer Weise verpflichtet; müsse gegen

jede Form des Antisemitismus aufstehen und jeglichen Antijudaismus theologisch widerlegen. „Antisemitismus ist Gotteslästerung“, zitierte Meister aus einer Broschüre der EKD. „Wie verhalten wir uns als Kirche? Gehen wir in den Dialog mit denen, die zu diesem Thema anders denken als wir und wo setzen wir Grenzen?“, fragte Prof. Dr. Katja Lembke aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen in der Aussprache zum Bischofsbericht. Das Thema bleibe eine große Aufgabe auch für die 26. Landessynode, stellte Bischof Meister fest.

Dialog ohne Ausgrenzung

Christine Lührs bringt Position der Landwirtschaft ein

Während sie selbst den Bischofsbericht hörte, sei ihr Sohn mit dem Trecker in Berlin, um gegen verschärfte Umweltauflagen für die Landwirtschaft zu protestieren, berichtete Christine Lührs, Synodale aus dem Sprengel Osnabrück und selbst Bäuerin. „Ich wünsche mir eine Gesellschaft ohne Feindbilder, die Anerkennung der landwirtschaftlichen Arbeit und auch ein Signal von der Landeskirche“, sagte sie mit Blick auf die Fridays-for-Future-Aktivistinnen, die Ralf Meister in die Frühjahrstagung der Landessynode eingeladen hatte. Sie wünsche sich, dass der Bischof auch einmal junge Landwirte einlade und ihnen damit die Chance gebe, ihre Perspektive auf das Thema Klimaschutz darzustellen.

„Warum nicht?“, antwortete der Angesprochene. Er dankte Lührs für die Aufforderung, immer wieder das Ge-



Christine Lührs wünscht sich den Dialog mit der Landwirtschaft.

spräch zu suchen, und für das Drängen zu einem Dialog, der die Landwirte nicht ausgrenze.

Zustimmung zu Werten und Normen

Die hannoversche Landeskirche begrüßt die Einführung des Faches Werte und Normen als Alternative zum konfessionellen Religionsunterricht an allen Grundschulen in Niedersachsen; das machte Landesbischof Ralf Meister deutlich. Mit der Einführung des neuen Faches werde der unwürdige Zustand beendet, dass Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, auf die Flure geschickt oder in Nebenräumen geparkt würden. Allerdings, so Meister weiter, lege die Landeskirche Wert darauf, dass auch der konfessionelle Religionsunterricht weiter durch das Land gefördert werde und der Aufbau des Faches Werte und Normen nicht zu Lasten des Religionsunterrichts gehe. Niedersachsenweit gibt es 8.722 Lehrkräfte, die das Fach Religion unterrichten dürfen – „ein unglaublicher Schatz“, wie Meister betonte.

Drei Hallelujas und drei Facettenkreuze

Besondere Ehrung für frühere Präsidenten der Landessynode

Die Hallelujas des Landesbischofs haben Tradition: In jedem seiner Berichte vor der Landessynode würdigt er das besondere Wirken von jeweils drei Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen. Das letzte der Hallelujas dieser Herbsttagung und damit auch das letzte der 25. Landessynode ging an den Kirchensenat, der die Funktion eines Runden Tisches aller kirchenleitenden Organe hat. Mit Einführung der neuen landeskirchlichen Verfassung zum 1. Januar 2020 wird es keinen Kirchensenat mehr geben – dieses Halleluja war also eine Art Abschiedsgruß des Landesbischofs.

Die beiden weiteren Hallelujas gingen an Heike Brinker als Kopf eines innovativen Teams für die Gestaltung des Friedhofes der St.-Paulus-Kirchengemeinde in Buchholz in der Nordheide und an alle, die in der 25. Landessynode mitwirkten.

„Ich freu' mich einfach immer wieder, dass Sie das hier durchhalten“,



Jürgen Schneider (links) und Albrecht Bungeroth wurden mit dem Silbernen Facettenkreuz geehrt.

dankte Meister allen aktuellen und bereits ausgeschiedenen Mitgliedern. „Synode ist kein Ponyhof, sondern harte und ehrliche Arbeit im Weinberg des Herrn.“

Eine besondere Ehrung hielt Meister für zwei frühere Präsidenten der Landessynode bereit: Er zeichnete

Jürgen Schneider und Albrecht Bungeroth für ihren besonderen Einsatz mit dem Silbernen Facettenkreuz der Landeskirche aus. Valentin Schmidt, ebenfalls früherer Präsident der Landessynode, wird das Facettenkreuz zu einem späteren Zeitpunkt erhalten.

Eröffnungskollekte für United4Rescue

Landessynode unterstützt Spendenkampagne für ein Rettungsschiff

Mit der Kollekte des Eröffnungsgottesdienstes ihrer Herbsttagung unterstützt die Landessynode das zivilgesellschaftliche Bündnis „United4Rescue“, das ein allein aus Spenden finanziertes Schiff zur Rettung von Geflüchteten ins Mittelmeer schicken möchte. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist Teil dieses Bündnisses, das Anfang Dezember eine große Spendenkampagne gestartet hat.

„Wir sollten diese Initiative unter-

stützen“, erklärte Landesbischof Ralf Meister in seinem Bericht. Er wünschte sich, dass auch das übrige Engagement der Kirchen gesehen werde, bevor die kirchliche Seenotrettung kritisiert werde: „Die Kirchen haben nicht nur ein umfangreiches praktisches Hilfsangebot mit aufgebaut und die Geflüchtetenhilfe in Gemeinden, Kirchenkreisen und in der Partnerschaftsarbeit unterstützt; sie waren auch eine kritische Stimme bei der unregulierten europä-

ischen Aufnahmepolitik.“ Gleichzeitig forderte Meister den Verzicht auf pauschale Behauptungen gegenüber Kritikerinnen und Kritikern der Seenotrettung: „Auch sie wollen keine Menschen ertrinken lassen.“

Marie-Luise Brümmer aus dem Sprengel Hannover forderte neben der Spendensammlung und der Entsendung eines Rettungsschiffes auch politisches Handeln in Zusammenarbeit mit den übrigen Organisationen ein.

Planungssicherheit oder Nebelwand?

Landessynodalausschuss hält vier- oder sechsjährigen Finanzplanungszeitraum für möglich

In seinem Tätigkeitsbericht des Landessynodalausschusses (LSA) nahm dessen Vorsitzender Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) die kirchlichen Finanzen in den Blick: Nach Auskunft des Landeskirchenamtes werde die Finanzlage bis Mitte der 2020er Jahre stabil bleiben – vor diesem Hintergrund sei erneut ein sechsjähriger

Planungszeitraum denkbar. Die für die Finanzplanung relevanten Parameter seien gut, die Beschäftigungslage stabil, eine Risiko-Rücklage in ausreichender Höhe aufgebaut.

Es gebe sowohl für einen vier- wie auch für einen sechsjährigen Planungszeitraum gute Gründe, so Surborg: Der längere Zeitraum bedeute Planungssicherheit

über vier oder sechs Jahre wird die 26. Landessynode wahrscheinlich noch in ihrem ersten Jahr treffen müssen“, so Surborg.

In der Aussprache positionierten sich die Synodalen unterschiedlich: Vor dem Hintergrund der schwierigen Personalgewinnung in den Kirchenkreisen sprach sich Ottomar Fricke (Sprengel Lüneburg) für einen „mutigen Sechs-Jahres-Planungszeitraum“ aus, während Eckart Richter (Sprengel Stade) warnte: „Im Autoland Niedersachsen kann man aktuell nicht von Sicherheit sprechen. Eine Finanzplanung über sechs Jahre wäre wie eine Autofahrt in eine Nebelwand.“

Mit Blick auf die landeskirchlichen Versorgungskassen konnte Surborg die Synodalen beruhigen: Die hannoversche Landeskirche sei in einer Vergleichsstudie der EKD deutlich im vorderen Bereich angesiedelt, beide Versorgungskassen seien mittel- und langfristig stabil und besondere Stabilisierungsmaßnahmen nicht erforderlich.



Jörn Surborg nahm die Finanzen in den Blick.

Planungssicherheit für Kirchenkreise und Kirchengemeinden; der kürzere ermögliche im Bedarfsfall ein schnelleres Umsteuern des Kirchenschiffes – gerade im Autoland Niedersachsen, das möglicherweise vor gravierenden Veränderungen stehe, ein Vorteil. „Die Entscheidung

Austausch funktioniert nicht

Er habe aus vielen Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass die Themen der Landessynode an der kirchlichen Basis kaum eine Rolle spielten, erklärte Jörn Surborg, Vorsitzender des Landessynodalausschusses, in seinem Bericht. Für viele Kirchenmitglieder stehe das Kirchenparlament stellvertretend für „die da oben“; Verbindung und Austausch zwischen Landessynode und Basis funktionierten nicht gut, Beschlüsse der Landessynode seien in Kirchenkreisen und Gemeinden häufig nicht bekannt, obwohl sie leicht öffentlich zugänglich seien. Surborg

bedauerte auch die um neun Prozent gesunkene Beteiligung an der Wahl zur 26. Landessynode: „Das ist so etwas wie ein Menetekel, das darf uns nicht gleichgültig lassen.“

Die Wahrnehmung der Landessynode als abgehobenes Gremium halte er für völlig verfehlt, führte Surborg weiter aus: „Alle Synodalen sind auch an der Basis tätig.“ Hoffnung mache ihm die neue Kirchenverfassung, die die Informations- und Partizipationsrechte stärke und dank der neuen Kirchenkreis- und Kirchengemeindeordnung neue Impulse geben könne.

Thema Abendmahl

Auf Antrag des Ausschusses für Theologie und Kirche beschloss die Landessynode, die aus dem Jahr 1980 stammende veraltete Richtlinie zur Teilhabe von Kindern am Heiligen Abendmahl aufzuheben. „Wir sollten umsetzen, was Jesus selbst auf den Punkt gebracht hat: Lasset die Kinder zu mir kommen“, erklärte Jörn Surborg, Vorsitzender des LSA. Die Landessynode befürwortete auch einen zeitnah geplanten Brief des Bischofsrates, der Kirchenvorstände und Pfarrämter ermuntern soll, Kinder grundsätzlich zum Abendmahl einzuladen.

Direkte Ansprache wird immer wichtiger

Schwerpunktausschuss nahm eine Auswertung der Wahl zur 26. Landessynode vor

„Eine geringe Wahlbeteiligung ist kein unabwendbares Schicksal“, erklärte Dr. Fritz Hasselhorn (Sprengel Osnabrück), Vorsitzender des Schwerpunktausschusses, in seinem Bericht zur Auswertung der Wahlen zur 26. Landessynode. Bei einer Spreizung der Wahlbeteiligung in den Kirchenkreisen von einer Zunahme um 24 Prozent (Melle) bis zu einer Abnahme um 31 Prozent (Gifhorn) könne man nicht von einem Trend für die Landeskirche sprechen. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung um neun Prozent niedriger als im Jahr 2013.

„Hohe Wahlbeteiligung im ländlichen Raum, niedrige Beteiligung in der

Stadt, das ist keine gültige Gleichung mehr“, stellte Hasselhorn weiter fest. Das zeige der Blick auf die beiden ländlich geprägten Kirchenkreise Hildesheimer Land-Alfeld und Uelzen mit der insgesamt niedrigsten Wahlbeteiligung in der Landeskirche.

Sieben von 48 Kirchenkreisen in der hannoverschen Landeskirche werden in der 26. Landessynode nicht mit einer oder einem Synodalen aus den eigenen Reihen vertreten sein; fünf Kirchenkreise konnten jeweils drei Mandate gewinnen.

Für die Wahlentscheidung sei nach wie vor die Zugehörigkeit der Kandidatin oder des Kandidaten zum eigen-

en Kirchenkreis ausschlaggebend, stellte Hasselhorn fest. Immer wichtiger werde auch die Mobilisierung von Wähler/innen durch direkte Ansprache, wie das Beispiel Melle gezeigt habe: „Dort wurden die Menschen fast wöchentlich angeschrieben.“ Kirche sei auf dem Weg von einer Insti-

tution zu einer Organisation, betonte Hasselhorn: „Organisationen brauchen eine kontinuierliche Kommunikation mit ihren Mitgliedern.“

Ein Problem sieht der Schwerpunktausschuss im Wahlsystem: „Wenn ein Kirchenkreis sich in der Gruppe der Ehrenamtlichen auf eine Person beschränkt, hat er eine Chance von 90 Prozent, dass diese Person gewählt wird. Wenn zwei Personen aufgestellt werden, vervierfacht sich die Wahrscheinlichkeit, dass keine von ihnen gewählt wird.“ Er habe aus Kirchenkreisen gehört, dass sie sich bestraft fühlten, weil sie zwei Kandidatinnen oder Kandidaten aufgestellt hatten, die sich gegenseitig die Stimmen wegnahmen. Als Konsequenz bittet der Schwerpunktausschuss die 26. Landessynode darum, die Möglichkeit der Übertragbarkeit von Stimmen zu prüfen.

Zu den gewählten Mitgliedern der 26. Landessynode gehören 36 Frauen und 30 Männer – eine Umkehrung des bisherigen Verhältnisses. Sieben junge Menschen unter 30 Jahren wurden in das Kirchenparlament gewählt. Lediglich 20 der gewählten Mitglieder gehörten auch schon der 25. Landessynode an.



Dr. Fritz Hasselhorn zog eine erste Bilanz.

Veränderung von Verhaltensmustern

Landessynode beschließt Grundsätze für die Gestaltung von Beteiligungsverfahren

Die neue Kirchenverfassung, die zum 1. Januar 2020 in Kraft tritt, ermöglicht die Beteiligung aller Handlungsebenen in der Landeskirche an Entscheidungsprozessen. In Artikel 9 ermuntert sie alle Kirchenmitglieder dazu, mit ihren

Gaben und Kräften das kirchliche Leben mitzugestalten und sich an der Leitung der Kirche zu beteiligen.

„Dabei geht es auch um die Veränderung von Verhaltensmustern, die sich oft noch stärker eingegraben haben

als unsere Kirchengesetze“, erklärte Dr. Fritz Hasselhorn, Vorsitzender des Schwerpunktausschusses. Um Beteiligung konkret zu ermöglichen, stellte er Grundsätze für Beteiligungsverfahren vor. *Weiter auf Seite 9*

„Ohne Ehrenamtliche wären wir ärmer“

Qualität ehrenamtlicher Kirchenmusik ist Thema in der Landessynode

„Ohne ehrenamtliches Engagement wäre die Kirchenmusik in unserer Landeskirche viel ärmer und käme stellenweise vollständig zum Erliegen.“ Mit diesen klaren Worten leitete Oberlandeskirchenrat Prof. Dr. Klaus Grünwaldt den Bericht des Landeskirchenamtes zur Qualität der ehrenamtlichen Kirchenmusik ein. Drei Aspekte nannte Grünwaldt als prägend für die Situation in der hannoverschen Landeskirche: das Phänomen der Ehrenamtlichkeit, die Frage nach Qualitätsstandards und die Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung.

Ehrenamtlichkeit habe in der Kirchenmusik Tradition und finde große Anerkennung, stellte Grünwaldt fest. Sie habe vielfach aber auch die Folge, dass Kirchenmusiker/innen nicht im Blick der Verantwortlichen in den Kirchenkreisen seien, häufig nicht visitiert würden und selbst nicht ausgebildet. Ziel müsse es sein, Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche in der



Die Synodalen äußerten große Anerkennung für ehrenamtliche Musikerinnen und Musiker in der Landeskirche.

Kirchenmusik gleichermaßen in Fortbildungen, Fachaufsicht und Visitationen einzubinden. „Visitation bedeutet nicht auf die Finger schauen, sondern Ermutigung und Wertschätzung“, betonte Grünwaldt und stellte die Frage, wie Ehrenamtliche noch besser motiviert werden könnten, sich

an den Maßnahmen der Fachaufsicht zu beteiligen und so einen Beitrag zur Qualität der Kirchenmusik zu leisten. Er regte die Schaffung von Sprengelzentren zur Stärkung der Fachaufsichten und eine zentrale Internetseite zur Darstellung aller kirchenmusikalischen Fortbildungen an. *Weiter auf Seite 10*

„Wichtig für die Transformationsprozesse“

Fortsetzung von Seite 8

Beteiligung diene der Legitimation kirchlicher Entscheidungen durch soziale Verfahren, heißt es im zugehörigen Aktenstück. Beteiligung kennzeichne die Kirche als eine lernende Organisation, die Veränderungen als Herausforderung annehme. Beteiligte des Verfahrens können, je nach Gegenstand, Kirchenkreise, andere kirchenleitende Organe, landeskirchliche Einrichtungen, Berufsgruppen und auch externe Sachverständige sein.

Auf Antrag des Schwerpunktaus-

schusses beschloss die Landessynode, die Grundsätze für Beteiligungsverfahren in Form eines verbindlichen Beschlusses und nicht im Rahmen einer Rechtsvorschrift zu verabschieden. Dies trage dem offenen Prozess besser Rechnung, so Hasselhorn. In die Grundsätze waren zuvor Stellungnahmen aus mehreren Kirchenkreisen eingeflossen, die insbesondere digitale Verfahren, eine frühzeitige Beteiligung der Kirchenkreise und das Vermeiden von Überforderung durch zusätzliche Arbeitsprozesse zum Inhalt hatten.

In der anschließenden Aussprache bezeichnete Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes, die neuen Beteiligungsmöglichkeiten als eine Herzensangelegenheit.

„Beteiligung ist Bestandteil der Selbstermächtigung und Emanzipation“, so Springer. „Sie fordert uns alle zu einer neuen Haltung auf; sie fordert uns auf, unsere blinden Flecken zu finden. Beteiligung trainiert ein tiefgreifendes Zuhören, das ein Miteinanderdenken ermöglichen kann – das ist die entscheidende Haltung für die anstehenden Transformationsprozesse.“

Nachholbedarf bei Popmusik

Fortsetzung von Seite 9

Einen dramatischen Nachholbedarf sehe er bei den Fortbildungen zur Populärmusik.

Auf ein unterschiedliches Echo unter den Synodalen stieß Grünwaldts Forderung nach Qualitätsstandards auch für Ehrenamtliche in der Kirchenmusik: „Unsere Mindeststandards sollten sich an die Prüfungsanforderungen für die D-Prüfung anlehnen.“ Ortrud Wendt (Sprengel Hannover), stellvertretende Vorsitzende des Öffentlichkeitsausschusses, bekräftigte diese Forderung und begrüßte es, dass die

Frage nach einem Qualitätsstandard erstmals in einem kirchlichen Papier gestellt werde. „Wir dürfen auch bei Engpässen nicht dahinter zurückgehen“, so Wendt. „In Gute und Schlechte zu sortieren, ist nicht unsere Aufgabe“, hielt Dr. Jörg Zimmermann aus dem Sprengel Lüneburg dagegen. „Wir sind manchmal zu schnell dabei, Standards zu schaffen, das begeistert Ehrenamtliche nicht.“

Zur weiteren Bearbeitung leitete die Landessynode das Aktenstück an den LSA und damit in die 26. Landessynode weiter.

Neues Gesetz

Ein Kirchengesetz zur Einführung der neuen Verfassung brachte die Landessynode auf den Weg. „Ziel war es, Widersprüche zwischen bestehenden Gesetzen und der neuen Kirchenverfassung aufzulösen“, erklärte Thomas Reisner, Vorsitzender des Rechtsausschusses. Mehr als 30 Gesetze seien inhaltlich oder redaktionell betroffen.

Unter anderem regelt das neue Gesetz Bedingungen für Personalgemeinden und das Auslaufen der Anstaltsgemeinden spätestens im Juni 2024.

„Mission ohne Nebenwirkungen“

Öffentlichkeitsausschuss spricht sich für weitere Förderung der Kulturkirchen aus

„Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein“ – diese traditionelle Unternehmerweisheit zitierte Ortrud Wendt (Sprengel Hannover) im Bericht des Öffentlichkeitsausschusses zum Projekt Kulturkirchen. Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses lobte die hohe Qualität der Arbeit in den jeweils für vier Jahre geförderten zwölf kleineren und vier signifikanten Projekten. Sie dankte insbesondere dem Geschäftsführer der Hanns-Lilje-Stiftung, Prof. Dr. Christoph Dahling-Sander, für die inhaltliche Begleitung der landeskirchlichen Förderung der Kulturkirchen.

„Kulturkirchen haben oft erstaunliche, Gemeinwesen bildende Folgen entfaltet“, hob Wendt hervor. „Sie haben eine missionarische Wirkung ohne Nebenwirkungen – wenn es gelingt, Menschen durch zeitgenössische Kunst in ihrem Glauben anzusprechen, ist das Geld gut ange-

legt.“ Gleichzeitig empfahl Wendt, keine Erbhöfe zu schaffen, sondern die vorhandenen Fördermittel alle vier Jahre neu zu verteilen.

Auch Jörn Surborg (Hildesheim-Göttingen), Mitglied in der Jury zur Auswahl der Kulturkirchen, betonte den Projektcharakter und sprach

sich für einen Wettbewerb aus, um die hohe Qualität zu erhalten. Dem widersprach Mirko Peisert, ebenfalls aus dem Sprengel Hildesheim-Göttingen: Ein Wettbewerb, der zum dritten Mal unter denselben Bedingungen stattfindet, sei kein echter Wettbewerb mehr; vielmehr gefährde er die Vernetzung, weil wichtige Partner



Ortrud Wendt stieß mit ihrem Bericht eine Diskussion über die Projektförderung an.

sich nur dann einbringen würden, wenn laufende Projekte nicht alle vier Jahre auf die Probe gestellt würden. Und: „Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden erwarten nach acht Jahren hervorragender Mitarbeit eine Perspektive, wir aber stellen alle vier Jahre das gesamte Projekt infrage“, so Peisert. *Weiter auf Seite 11*

Anstellungsebene ist Dreh- und Angelpunkt

Viele offene Fragen beim geplanten Gesetz für Diakoninnen und Diakone

Ist es sinnvoll, die Anstellungsebene für Diakoninnen und Diakone von der Kirchenkreis- und Gemeindeebene auf die Ebene der Landeskirche zu heben? Diese Frage sei Dreh- und Angelpunkt in den Überlegungen zu einem Kirchengesetz über Ausbildung und Dienst der Diakoninnen und Diakone, erklärte Michael Gierow (Sprengel Lüneburg) vor der Landessynode. Der Vorsitzende des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit stellte in seinem Bericht erste Überlegungen zu einem solchen Gesetz vor und nannte gute Gründe für die landeskirchliche Anstellungsebene: mehr Stellensicherheit, größere Klarheit in der Aus- und Weiterbildung, Augenhöhe mit Pastorinnen und Pastoren. Allerdings, so

Gierow weiter, sei auch eine Vielzahl von Fragen zu klären: die Organisation von Bewerbungsverfahren, Fragen des Mitarbeiterrechts, Fragen des Entgeltausgleiches, die Reduzierung der Zuweisungen an die Kirchenkreise.

Kerstin Dede, Synodale aus dem Sprengel Hannover und Beauftragte für Diakoninnen und Diakone, befürwortete den Gesetzentwurf, der die Anstellung auf Landeskirchenebene vorsieht, und empfahl dringend, vor dem Hintergrund eines drohenden Personalmangels attraktive Bedingungen für Diakoninnen und Diakone zu



Kerstin Dede befürwortet den Gesetzentwurf.

schaffen: „Dazu gehört in jedem Fall ein Diakon/innengesetz.“

Die Landessynode überwies den Bericht des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit zur weiteren Bearbeitung an die 26. Landessynode.

Recherche zu „Verschickungskindern“

Aus aktuellem Anlass berichtete Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen und Oberlandeskirchenrat im Landeskirchenamt, der Landessynode vom Schicksal der sogenannten Verschickungskinder, die von Ende der 1950er bis Anfang der 1980er Jahre für jeweils mehrere Wochen in Kinderkurheime „verschickt“ wurden, um sie aufzupäppeln, wie es damals hieß. Sechs Heime in Niedersachsen, überwiegend an der Küste, gehörten der Kirche oder der Diakonie, berichtete Lenke; über die Zahl der betroffenen Kinder wisse man nichts.

„Mich beschämt es, dass Kinder in diesen Häusern bis zum Erbrechen essen mussten, zum Teil auch ihr selbst Erbrochenes. Sie durften nachts nicht zur Toilette gehen und mussten, wenn sie ins Bett machten, am nächsten Tag öffentlich ihre Matratze schrub-

ben“, berichtete Lenke. 1969 gab es drei Todesfälle im „Waldhaus“ in Bad Salzdetfurth: Ein Kind sei von älteren Kindern totgeschlagen worden, zwei andere vermutlich an Erbrochenem erstickt. „Wir wissen nicht, ob es Ermittlungen etwa wegen Verletzung der Aufsichtspflicht gegeben hat“, so Lenke. In der Regel sei den Kindern nach ihrer Rückkehr nach Hause nicht geglaubt worden, wenn sie von ihren Erlebnissen berichteten: „Sie haben erzählt und es wurde nicht gehört.“

Die Diakonie in Niedersachsen hat mittlerweile eine Ansprechstelle eingerichtet und recherchiert die Vorgänge, um die Geschichte der Verschickungskinder aufarbeiten zu können. „Wir stellen uns der Verantwortung“, betonte Diakoniesprecher Lenke. Und: „Wir halten alles, was man uns erzählt, für möglich.“

„Nicht nur Projektförderung“

Fortsetzung von Seite 10

Unterstützung für diese Einwände äußerte neben anderen auch Prof. Dr. Florian Wilk (Sprengel Hildesheim-Göttingen): „Ich finde es sehr wichtig, dass wir unsere kirchliche Arbeit nicht nur in Projekten organisieren“, stellte er fest. Auch Landesbischof Ralf Meister sprach sich dafür aus, sich am Beispiel der City-Kirchen zu orientieren und über eine dauerhafte Unterstützung der Kulturkirchen nachzudenken.

Die Entscheidung über die Art der zukünftigen Förderung muss die 26. Landessynode treffen; als Basis für ihre Entscheidung erhält sie sowohl den Bericht des Öffentlichkeitsausschusses als auch die verschriftlichten Redebeiträge der Plenarsitzung.

Kitafinanzierung auf den Prüfstand?

Intensive Diskussion um kirchliche Förderung von Kindertagesstätten

Die Finanzierung von Kindertagesstätten sorgte am letzten Tag der Herbsttagung für eine intensive Diskussion in der Landessynode. Dr. Jens Rannenberg (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des Diakonieausschusses, berichtete, dass aktuell zwölf Kita-Träger eine Förderung in Höhe von jeweils 2.000 Euro pro Jahr zur Stärkung des evangelischen Profils ihrer Einrichtung beantragt hätten. Carsten Wydora aus dem Sprengel

Ostfriesland-Ems stellte zunächst den Antrag, die Kita-Förderung komplett neu zu ordnen mit dem Ziel, alle kirchlichen Kitas, egal in welcher Trägerschaft, auch kirchlich zu fördern. Dabei solle die Qualität der Arbeit am religionspädagogischen Profil stärker gefördert werden.

Dieser Antrag hätte zur Folge, dass die gesamte Kita-Finanzierung auf den Prüfstand käme, erwiderte Rolf Bade aus dem Sprengel Hannover; das würde

erhebliche finanzielle Unwuchten auslösen. Denkverbote dürfe es dennoch nicht geben. Der Antrag wurde jedoch nicht beschlossen; vielmehr wurde die Thematik an die 26. Landessynode weitergereicht, um weiter an der Kita-Finanzierung zu arbeiten. Dabei müsste, auch das wurde in der Diskussion deutlich, der Aspekt der Qualität der Arbeit in den Kitas gegenüber der finanziellen Entlastung von Kommunen und Eltern wieder stärker in den Blick rücken.

Viele Erinnerungen bleiben

„Synodal einfach raus, Aktenstücke sind ein Graus“: Helene Fischer hätte ihre Freude gehabt an den singenden Bischöfen und auch das Publikum schmetterte den Refrain gerne mit. Am letzten Abend der 25. Landessynode wurde noch einmal gefeiert: Mit einer amüsanten Bühnenshow, zu der viele etwas beitrugen, verabschiedeten sich die Synodalen, Bischofsrat, Kirchensenat und Vertreter/innen des Landeskirchenamtes von sechs Jahren gemeinsamer Arbeit. „Synodal aus-

gecheckt, Ordner, Akten, alles weg!“, sang Hannovers Regionalbischöfin Dr. Petra Bahr gemeinsam mit ihren Kollegen aus den anderen Sprengeln und Landesbischof Ralf Meister.

Was bleibt? „Die Erinnerung an wunderbare Bibelarbeiten, der christlich-jüdische Dialog, die Verbindung mit unseren Geschwistern in Syrien, unsere Tagung in Osnabrück zum Thema Frieden, die Arbeit an der neuen Verfassung, die gemeinsame Tagung in Braunschweig in einer Konföderation,

die uns am Herzen liegt“, erklärte Synodenpräsident Dr. Matthias Kannengießer in seinem Schlusswort am letzten Sitzungstag.

Die konstituierende erste Tagung der 26. Landessynode findet vom 20. bis 22. Februar 2020 statt.



Synodal durch die Nacht (von links): Dr. Petra Bahr, Dr. Hans Christian Brandy, Ralf Meister, Eckhard Gorke, Dr. Detlef Klahr und Dieter Rathing.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantwortl.)

unter Mitwirkung des Evangelischen Pressedienstes Niedersachsen-Bremen (epd) und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel

Grafik: Marc Vogelsang
Evangelische Medienarbeit (EMA)

Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen
www.synode.landeskirche-hannovers.de

Bischofsbericht:

